

## Demographische Bombe. Finanzielle Selbstbestimmung und Altersvorsorge in Österreich.

Überblick zur Budgetlage und aus Umfragen. Skepsis steigt. Lösungen?

Österreich befindet sich bereits das **3. Jahr in einer Rezession** mit schrumpfender Wirtschaftsleistung. Düstere Botschaften über Sparen im Staatshaushalt und notwendigen Reformen (also Kürzungen) im staatlichen Pensionssystem werden uns ständig serviert.

Der Fiskalrat, der Wächter über das Budget des Staates Österreich, **warn**t seit dem **Frühjahr des Vorjahres**, dass das Budget-Defizit deutlich höher ausfallen werde als der damalige Finanzminister immer wieder bekanntgab und mehrmals bekräftigte, dass das Defizit unter der magischen Grenze von 3% zu liegen kommen werde.

Seit kurzem hat nun die Statistik Austria nachgerechnet und: Das **Budgetloch ist 2024 mit 4,7 % wesentlich höher als ursprünglich angenommen.**

Graphik: DER STANDARD



Dieses hohe Defizit aus dem Vorjahr lässt ahnen, auf welches Defizit Österreich heuer zusteuern wird, wenn **keine umfangreichen Gegenmaßnahmen** gesetzt werden. Gleichzeitig verschlechtert sich die Ausgangslage, weil die Wirtschaft auch heuer schrumpfen wird. Und diese aktuelle Prognose hatte noch nicht einmal die Wirtschaftskrise eingerechnet, die durch die weltweite Zollkeule von Präsident Trump ausgelöst wurde. Gleichzeitig muss man hoffen, dass die gesetzten Einsparungsmaßnahmen der Regierung nicht dazu führen, dass die sowieso schon schwächelnde Wirtschaft noch weiter geschädigt wird, weil Unternehmen weniger investieren und Private weniger konsumieren.

Nach einer Berechnung des Fiskalrat-Experten Johannes Holler für den STANDARD **müssten sich die Einsparung insgesamt auf etwa 12,5 Milliarden € für heuer belaufen**, um die Maastricht-Grenze, also diese maximalen 3 %, zu erreichen. Alle bekannten Einsparungen der neuen Regierung summieren sich aber nur auf 6,4 Mrd. €, womit ein Defizit-Verfahren durch die EU wohl nicht abwendbar scheint.

### Demographische Bombe kommt auf Österreich zu.

Man müsse länger arbeiten und die Pensionen sind eines der größten Räder an denen man drehen könnte. So in aller Kürze die Analyse von Dr. Badelt.

Dr. Christoph Badelt, renommierter österreichischer Wirtschaftswissenschaftler, langjähriger Rektor der Wirtschaftsuniversität und derzeit Präsident des Fiskalrates **warn**te in der „ORF-Pressestunde“ vor ca. 2 Wochen vor der „demografischen Bombe“ aufgrund unserer **alternden Gesellschaft**. Die **größten Herausforderungen** sieht Dr. Badelt in den Bereichen **Pensionen, Pflege und Gesundheit**.

Und: Er **„finde es wirklich schlimm**, dass sich diese Regierung offensichtlich wieder nicht traut, sich das gesetzliche Pensionsantrittsalter langfristig anzuschauen“. Der Fiskalrat gehe davon aus, dass in den nächsten Jahrzehnten, wenn keine langfristigen Maßnahmen gesetzt würden, das **Budgetdefizit aus rein demografischen Gründen um zwei bis drei % pro Jahr steigen würde**. Insgesamt könnten also künftig Defizite von fünf bis sechs Prozent drohen. So zitiert der ORF Dr. Badelt in der Nachlese der Pressestunde am 16.3.2025.

## Die Zahlen im Detail

Die Staatseinnahmen betragen im vergangenen Jahr 248,8 Milliarden Euro. Ein Plus von 4,9 %. Die Ausgaben aber sind um stolze 8,8 % auf 271,3 Milliarden Euro angestiegen. Und die Sozialausgaben, worin die **Pensionen den allergrößten Block** darstellen, legten sogar um mehr als 10 % zu.

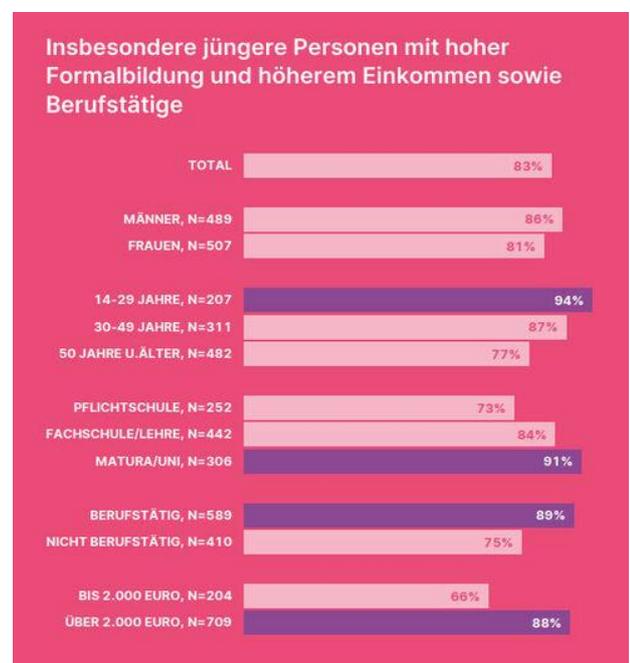
## Wie reagieren die Österreicher:innen?

Eine **aktuelle Finanz- und Vorsorgestudie** von Swiss Life Select zeigt eindrucksvoll, dass der Wunsch nach finanzieller Selbstbestimmung in Österreich stark ausgeprägt ist. 85 % der Befragten möchten ihr Leben finanziell selbstbestimmt gestalten. Doch nur jede:r Zweite fühlt sich tatsächlich finanziell unabhängig. Besonders Pensionist:innen, Frauen und Teilzeitbeschäftigte blicken mit geringer Zuversicht in die Zukunft. Gleichzeitig wächst das **Bewusstsein bei den Jüngeren, dass eigenverantwortliche Vorsorge immer wichtiger wird**.

## Reicht die staatliche Altersversorgung aus?

Nur 29 %, einschließlich Pensionist:innen, meinen, dass ihre gesetzliche und private Altersvorsorge ein finanziell selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen wird. Besonders negativ ist diese Einschätzung bei Erwerbstätigen in Teilzeit, von denen lediglich 19 % Vertrauen in ihre Altersvorsorge haben. Die Bereitschaft, für eine bessere Rente mehr **zu sparen, ist gestiegen**: 36 % der unter 30-Jährigen sind bereit, **mehr für ihre Altersvorsorge zu sparen**, im Vergleich zu 33 % im Vorjahr. Trotzdem haben nur 34 % ihren finanziellen Ruhestand gut geplant.

Eine **weitere Umfrage** der Erste Bank zeigt, dass mehr als vier Fünftel der Österreicher:innen in den kommenden Monaten Instrumente wie **Sparbuch, Bausparvertrag und Wertpapiere** nutzen wollen. Das geplante Anlagevolumen ist jedoch mit durchschnittlich etwa 4.000 Euro um 29 % niedriger als im Vorjahr. Die Mehrheit der Befragten **sieht die Wirtschaftsaussichten skeptisch**.



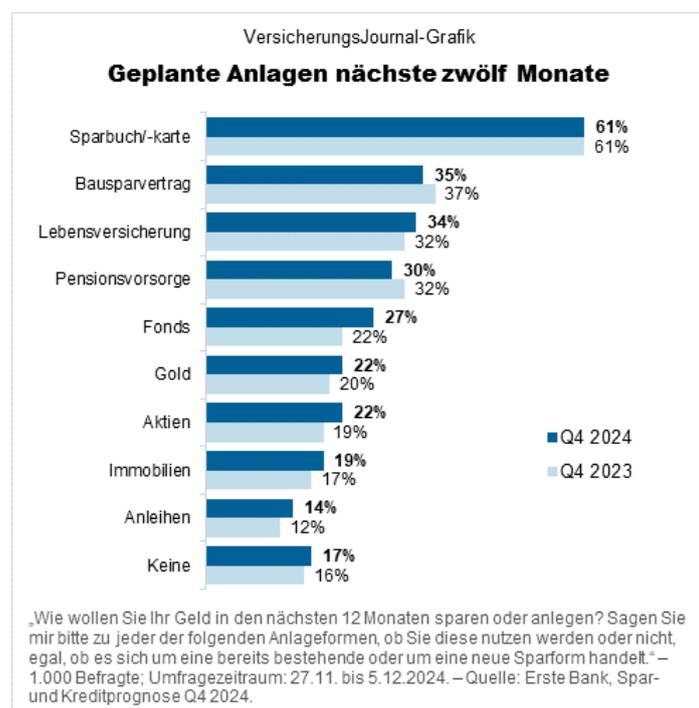
Graphik: Versicherungsjournal, Basis Erste Bank.

Zum Vergrößern [auf Graphik klicken...](#)

Sparbuch (61%) und Bausparvertrag (35 %) liegen zwar weiterhin im Ranking der Sparformen voran. Aber Lebensversicherungen und Pensionsvorsorge sind die wichtigsten Instrumente zur Altersvorsorge. Jeweils rund ein Drittel der Befragten plant, in diese Produkte einzuzahlen. Zusammengerechnet liegen sie damit vor dem so beliebten Sparbuch.

Besonders bemerkenswert ist der **spürbare Trend hin zu Wertpapieren**, was auch klar die Entwicklung in Richtung der **fondsgebundenen Lebensversicherungen** zeigt, die in den letzten Jahren stark an Beliebtheit für die Altersvorsorge gewonnen haben.

Graphik: Versicherungsjournal, basierend auf Spar- und Kreditprognose 4. Quartal 2024.



### Steuerliche Vorteile von betrieblichen Vorsorgeinstrumenten

Betriebliche Vorsorgeinstrumente bieten erhebliche steuerliche Vorteile, die **sowohl für Arbeitgeber:innen, als auch für Arbeitnehmer:innen** attraktiv sind. Beiträge zu betrieblichen Vorsorgeplänen können in der Regel als Betriebsausgaben abgesetzt werden, was die Steuerlast des Unternehmens reduziert. Für Arbeitnehmer sind die Beiträge oft steuerfrei oder steuerbegünstigt, was zu einer höheren Nettoauszahlung führt.

Darüber hinaus können **betriebliche Vorsorgepläne** helfen, die Sozialversicherungsbeiträge zu senken. Sowohl Arbeitgeber:innen als auch Arbeitnehmer:innen profitieren von **niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen** und die Mitarbeitenden können anstelle dessen ihr persönliches Vorsorgekonto auffüllen und die Leistungen der staatlichen Pension damit ergänzen.

**Liebe Berater:innen**, diese Umfrage-Ergebnisse zeigen deutlich den **Bedarf der Bevölkerung an soliden Vorsorgelösungen**. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Kunden und Kundinnen umfassend zu beraten und ihnen die Vorteile von klassischen und fondsgebundenen Lebensversicherungen mit längerfristigen Aspekten näherzubringen. Besonders die **Nutzung steuerlicher Vorteile** von betrieblichen Vorsorgeinstrumenten wie die Zukunftssicherung, Pensionskassenlösungen und die Direkten Leistungszusagen können hierbei eine entscheidende Rolle spielen.

Gemeinsam können wir in unserer **„beratenden Rolle mit sozialer Verantwortung“** dazu beitragen, dass die Österreicher:innen weniger mit Sparbuch und Bausparer „vorsorgen“ und dadurch mehr Menschen in Österreich finanziell selbstbestimmt und abgesichert in die Zukunft blicken können.

Quellen: AssCompact, Versicherungsjournal, ORF-Pressestunde, DER STANDARD

### Interessante Weiterlesen-Links:

- [Wie der Bund beim Sparen Länder und Gemeinden in die Pflicht nehmen kann](#)
- [Österreichs Budgetloch ist deutlich größer als gedacht](#)
- <https://www.derstandard.at/story/3000000263592/vermessung-des-budgetlochs-oesterreichs-defizit-2024-bei-47-prozent>
- [Badelt warnt vor „demographischer Bombe“](#)
- <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/03/20250331oeffentlicheFinanzen2024.pdf>
- <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budgetvisualisierung/index.html>